

Straßen,
Schule,
Feuerwehr,
wer zahlt ?

Bündnis90 / Die Grünen
Grafrath/Kottgeisering
April 2018



Was nimmt der Staat ein?

Bund und Länder Ca. 674 Mrd. Euro jährlich, davon

-Lohn-und Einkommensteuer: 255 Mrd.

-Mehrwertsteuer: 166 Mrd.

Gesamtstaatl. Steuereinnahmen 2017 :734 Mrd, 2022 : 889 Mrd.(Schätzung)

Verteilung 2016: Gesamt 706 Mrd.

Bund:289 Mrd.

Länder: 289 Mrd.

Gemeinden: 99 Mrd.

EU: 29 Mrd.

Tendenz:

Steuern und Abgaben auf den Faktor Arbeit tragen mit nahezu zwei Dritteln zu den Staatsfinanzen bei; der Faktor Umwelt hingegen leistet in 2016 mit 4,6 % einen geringen, stetig rücklaufenden Beitrag. Der Beitrag des Kapitals bewegt sich seit vielen Jahren in einem engen Rahmen.

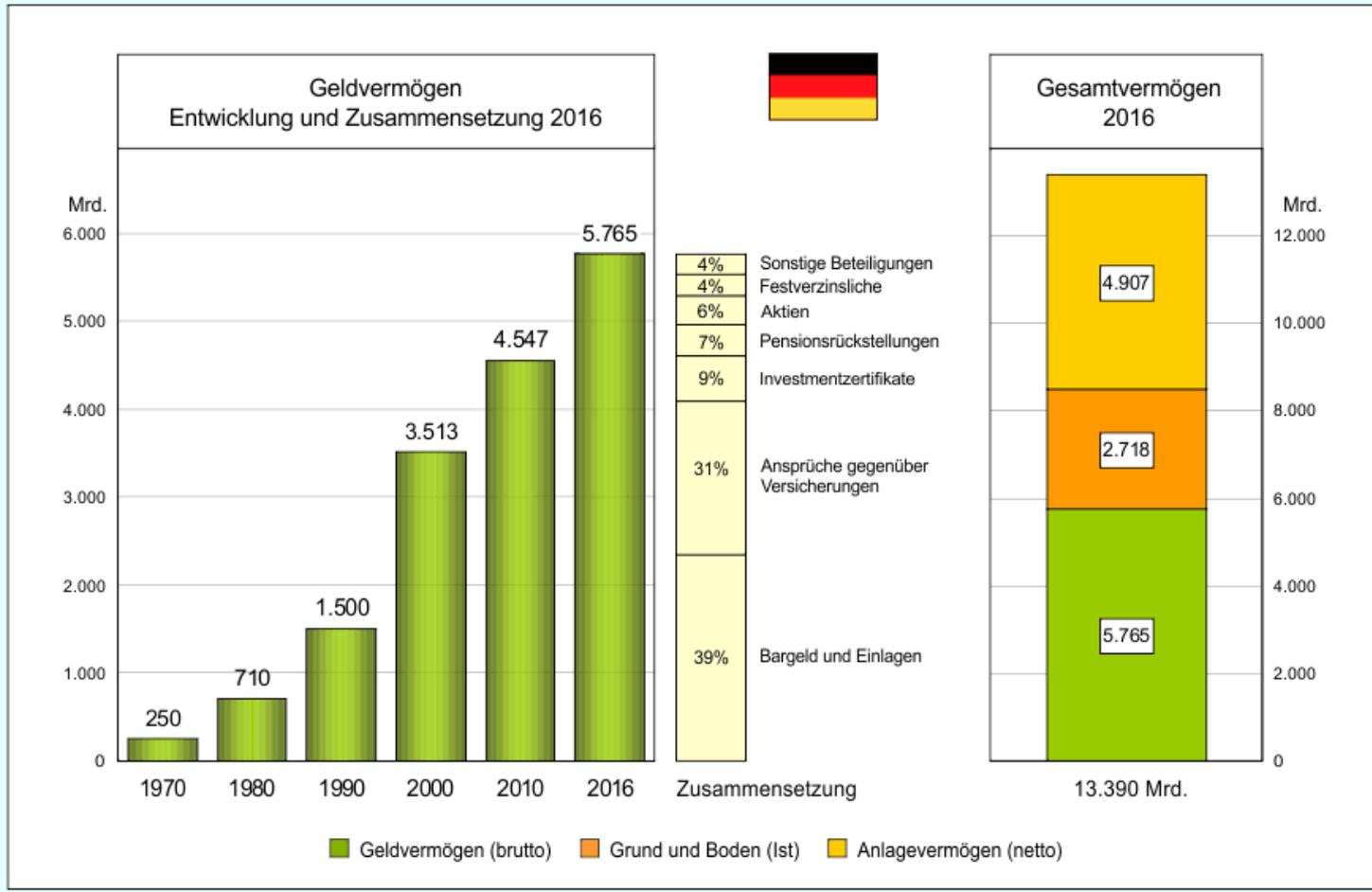
Was wird gebraucht?

- Investitions- und Personalrückstand ca. 300 Mrd. Euro, um Status quo zu erhalten.
- Es fehlt offizielle Bilanz an Vermögen der öffentlichen Hand.
 - Davon Investitionsrückstand Kommunen:
ca. 126 Mrd Euro, hauptsächlich Schulen, Infrastruktur Verkehr
 - **z.B. bezahlbarer Wohnraum:**
 - Rückgang soz. Wohnungsbau 1990: 2,9 Mio Wohnungen,
2017: 1,2 Mio Wohnungen.
 - Nur um Bestand zu erhalten, sind jährlich 80.000 neue Wohnungen erforderlich, tatsächlich werden ca. 25.000 Wohnungen neu gebaut. Die Fördersumme beträgt zuletzt jährlich ca. 1,5 Mrd. Euro,
geplant für 2020/2021: 2 Mrd Euro, d.h. jährlich 1 Mrd Euro
- Daraus folgt: weiterer Rückgang statt Bestandserhalt

Welche Einnahmen fehlen ?

- Schwarzarbeit, Steuerhinterziehung (ca. 100 Mrd. jährlich)
- Klimaschädliche Subventionen
(Diesel, Kerosin, Strom, ca.30 Mrd. im Jahr)
- Steuern für Digitalwirtschaft, Lizenzen, Roboter/Maschinen
- Superreiche besteuern
- Steuergerechtigkeit (Bsp. Abgeltung/Kapital)

Privat-Vermögen



Vermögenswerte in Milliarden Euro, gerundet (ohne Gebrauchsvermögen)

Datenquelle: Destatis / Bundesbank (Vermögensbilanzen - 26.10.17)

CRIP-Infotec

Vermögen Staat

Der Nettowert des Staatsvermögens ist laut DIW seit 2000 um fast 500 Mrd Euro gesunken

Staatsverschuldung

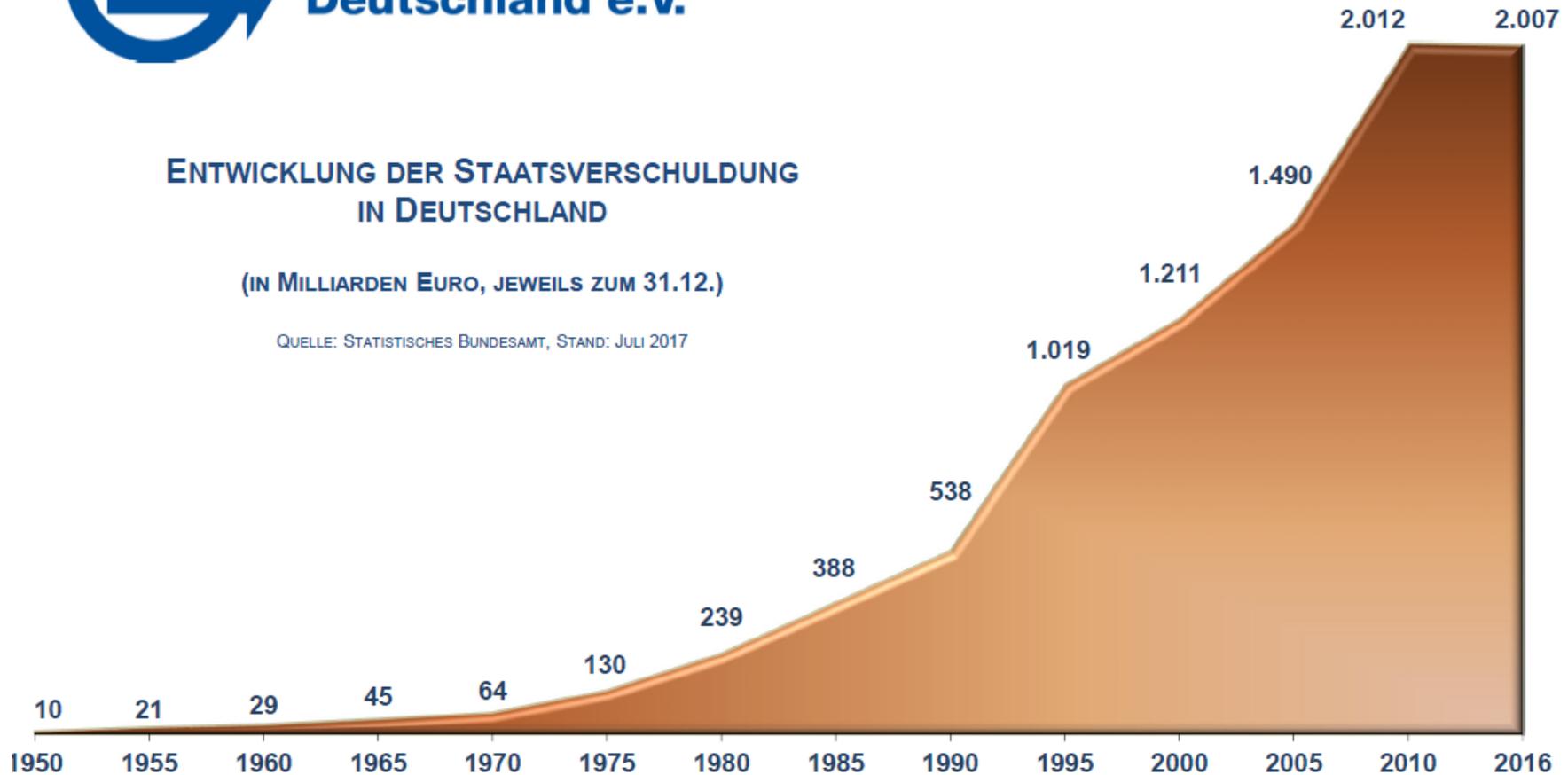


**Bund der Steuerzahler
Deutschland e.V.**

ENTWICKLUNG DER STAATSVerschULDUNG IN DEUTSCHLAND

(IN MILLIARDEN EURO, JEWELNS ZUM 31.12.)

QUELLE: STATISTISCHES BUNDESAMT, STAND: JULI 2017



Kommunale Steuern

- **Insgesamt stiegen die Einnahmen der kommunalen Haushalte (ohne Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen) im vergangenen Jahr um 4,6 Prozent auf 258,4 Milliarden Euro. Dazu trugen vor allem die höheren Steuereinnahmen um 6,9 Prozent auf 95,9 Milliarden Euro bei.**
- **Steuereinnahmen 2016: 98,7 Mrd.,**
- **davon Grundsteuer B ca. 13 Mrd., Gewerbesteuer 42,3 Mrd., Anteil Einkommensteuer 36,4 Mrd., Anteil Umsatzsteuer 4,8 Mrd.**
- **Investitions-Rückstand für 2017: 126 Mrd. Euro**
- **Große Differenz arme/reiche Kommunen: Beispiel Steuereinnahmekraft:**
- **München 3255 Euro /EW**
- **Kyffhäuserkreis 503 Euro /EW**

Arme und reiche Kommunen

Tabelle 1: Die zehn Kommunen mit der höchsten und geringsten Steuereinnahmekraft 2014

Rang 2014	Kommune	Typ	Euro je EW 2014	Rang 2004
1	München	Kreis	3.255	2
2	Dingolfing-Landau	Kreis	3.144	50
3	Wolfsburg	Stadt	3.020	28
4	Frankfurt am Main	Stadt	2.687	3
5	Main-Taunus-Kreis	Kreis	2.085	8
6	München	Stadt	2.060	6
7	Coburg	Stadt	2.048	1
8	Ingolstadt	Stadt	2.011	73
9	Regensburg	Stadt	2.003	21
10	Schweinfurt	Stadt	1.966	18
389	Halle/Saale	Stadt	558	368
390	Unstrut-Hainich-Kreis	Kreis	547	396
391	Vorpom.-Greifswald	Kreis	547	393
392	Altenburger Land	Kreis	546	389
393	Stendal	Kreis	546	392
394	Elbe-Elster	Kreis	545	391
395	Greiz	Kreis	537	383
396	Erzgebirgskreis	Kreis	525	324
397	Mansfeld-Südharz	Kreis	519	390
398	Kyffhäuserkreis	Kreis	503	398

Statistisches Bundesamt (2005 und 2015): Realsteuervergleich 2004 und 2014. Fachserie 14, Reihe 10.1, Wiesbaden; eigene Darstellung.

Zum Vergleich
 Grafrath: 1030,-/EW,
 Kottgeisering: 866,-/EW

Kommunale Steuern

- Anteil Umsatzsteuer 2,2%
- Anteil Einkommensteuer 15 %
- Anteil Abgeltungssteuer 12%
- **Grundsteuer A+B** (Hebesatz frei, bis 960%)
- Grundsteuer B (Hebesatz Bundesdurchschnitt 441%, Grafrath: 330%, Kottgeisering: 310%)
- Grunderwerbsteuer (vom Land , 3,5% der Kaufsumme, davon ca. 16%)
- **Gewerbesteuer** (Hebesatz mind. 200%, Bundesdurchschnitt 397% , Grafrath: 380%, Kottgeisering: 360%)

Vergleich Haushalt Grafrath und Kottgeisering: wesentliche Einnahmen und Ausgaben

Ergebnis 2016 in Euro	Grafrath		Kottgeisering	
	Summe	Je Einw.	Summe	je Einw.
Einnahmen		(3803)		(1572)
Grundsteuer B	376.340	98,96	138.903	88,36
Gewerbsteuer	514.384	135,26	38.437	24,45
Anteil Einkommensteuer	2.783.292	731,87	1.109.849	706,01
Einkommensteuerersatz	224.245	58,97	89.417	56,88
Gründerwerbsteuer	81.087	21,32	23.845	15,17
Schlüsselzuweisungen	143.512	37,74	283.548	180,37
Investitionszuschüsse	110.000	28,92	126.500	80,47
Summe		1113,03		1151,72
Ausgaben				
Schule	1.177.702	309,68	182.439	116,06
Feuerwehr	74.597	19,62	32.381	20,60
Kita/Krippe	350.142	92,07	183.650	116,83
Strassen	135.520	35,64	29.874	19,00 2018: 142.960
Gesundheit/Sport	651.981	171,44	2.846	1,81
Kreisumlage	1.827.865	480,64	670.056	426,24
VG-Umlage	638.817	167,98	271.164	172,50
Zuführung Verm.HH	672.679	176,88	228.712	145,49
Zuführung an Rücklagen	-705.258	-185,45	240.626	153,07 2018:-811.615
Schulden		364		0
sonstige Schulden		plus 138		

Beispiel Grundsteuer

- **Atmende Grundsteuer:**

Als atmende Grundsteuer bezeichnet man ein Vorgehen, bei dem der Hebesatz der Grundsteuer jährlich an die Höhe des Defizits/Überschusses im Haushaltsplan (ex ante) bzw. der Rechnungslegung (ex post) angepasst wird.

- **Grundsteuer als Bodensteuer:**

Sehr viel schneller und unbürokratischer als der Ländervorschlag (Kombination Bodenwert plus Gebäudewert) lässt sich nach Einschätzung des Bündnisses "Grundsteuer zeitgemäß", das unter anderem der Deutsche Mieterbund, die Umweltschutzorganisation Nabu sowie zahlreiche Bürgermeister unterstützen, ein anderes Modell umsetzen: eine reine Bodenwertsteuer. Dabei werden lediglich die Grundstücksgröße und die Bodenrichtwerte benötigt. "Eine Bodensteuer übt sanften Druck auf baureife, aber unbebaute oder untergenutzte Grundstücke aus, da Grundstückseigentümer bei Bebauung ihres Grundstücks oder Sanierung ihrer Gebäude nicht durch eine höhere Grundsteuer belastet werden", argumentiert das Bündnis. Die Initiatoren hoffen, dass auf diese Weise mehr Wohnraum geschaffen wird und letztlich die Mieten sinken.

Für ein Mehrfamilienhausgrundstück würden statt heute 270 Euro in Zukunft 145 Euro (Bodenwertsteuer) beziehungsweise 185 Euro (Ländervorschlag) fällig. Die Steuerlast für ein unbebautes Grundstück würde von heute 251 Euro auf 1068 Euro (Bodenwertmodell) beziehungsweise 787 Euro (Ländervorschlag) steigen.

- Wertzuwächse in Ballungsräumen werden nur sehr unzureichend ausgenutzt. Dabei wäre eine stärkere Bodenbesteuerung nicht nur ein Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit und eine sichere Einkommensquelle, sondern auch ein Mittel zur Eindämmung des galoppierenden Flächenverbrauchs. Eine weitere Option hierzu ist eine Versiegelungsabgabe, die steuernde Wirkung in Richtung des null Prozent Zieles für die Bodenversiegelung entfaltet. Zur Bremsung des Flächenverbrauchs wäre alternativ auch eine Umwandlung der Grundsteuer in eine umweltbezogene Flächensteuer möglich, die am Grad der Umweltbelastungen durch die verschiedenen Flächenbelastungen ausgerichtet ist.

Beispiel Gewerbesteuer

- Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer ist der Gewerbeertrag. Ausgangspunkt für die Ermittlung des Gewerbeertrags ist der Gewinn gemäß Einkommensteuer- bzw. Körperschaftsteuergesetz. Der Gewerbeertrag ergibt sich aus dem Gewinn über Hinzurechnungen und Kürzungen. Einzelunternehmen und Personengesellschaften, nicht jedoch Kapitalgesellschaften, steht zusätzlich ein Freibetrag in Höhe von aktuell 24.500 Euro zu. Durch Multiplikation des Gewerbeertrags (abgerundet auf volle 100 Euro und unter Berücksichtigung eines etwaigen Freibetrags) mit der Steuermesszahl von derzeit 3,5 Prozent ergibt sich der Steuermessbetrag. Die Höhe der vom Gewerbebetrieb zu zahlenden Gewerbesteuer errechnet sich nun, indem der Steuermessbetrag mit dem Hebesatz der jeweiligen Gemeinde multipliziert wird.
- Durch die Einbeziehung von Freiberuflern in die Gewerbesteuer werden die Einnahmen für die Kommunen in ihrer Höhe verlässlicher. Gleichzeitig sollen die Freiberufler die Gewerbesteuer bei der Einkommensteuer wieder geltend machen können, damit sie insgesamt nicht stärker belastet werden.
- Die Steuereinnahmen der Gemeinden schwanken stark, gleichzeitig wird in einem Dumping-Wettbewerb unter den Kommunen versucht, Firmen anzusiedeln in der Hoffnung auf sprudelnde Steuereinnahmen.
- Alternative: Ein gerechtes Umlagesystem als Bundessteuer mit Verteilung an die Gemeinden, z.B. gekoppelt an vorhandene Zahl der Arbeitskräfte, sparsamen Flächenverbrauch etc.

Verkehr

Straßen-Ausbau-Beiträge in Bayern:

- Ca. 65 Mio. jährlich erforderlich
- Städte- und Gemeindetag kritisieren, dass die Fördersumme weit höher ausfallen müsste, als die angedachten 65 Millionen Euro. Der Gemeindetag fordert etwa das Doppelte. Beim Städtetag verweist man auf die Straßen, die in den Sechzigern und Siebzigern gebaut wurden und bald erneuert werden müssten. Außerdem stiegen die Ansprüche der Bürger, wenn sie an den Straßenkosten nicht mehr beteiligt wären, sagt der Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags, Bernd Buckenhofer. Ein neues Fördermodell müsse, anders als die CSU es plant, außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs geregelt sein.